



Bild: SchwusosNRW ©

Liebe Genossinnen und Genossen, noch ist nicht alles erreicht. Deshalb ist es nach wie vor unerlässlich, dass Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transgender und intersexuelle Menschen (LSBTI) für ihre Rechte auf die Straße gehen. Seit 1969 geschieht dieses im Rahmen der Veranstaltungen zum Christopher-Street-Day (CSD). Seit vielen Jahren unterstützt die SPD in NRW diese Veranstaltungen durch ihre Teilnahme und zeigt klar Flagge für Gleichstellung, Vielfalt und Respekt. 2016 geht es sicher aber um mehr als nur Akzeptanz und gleiche Rechte.

„Willkommen!“ Unter diesem Motto steht die NRW-weite CSD-Kampagne der schwul-lesbischen Sozialdemokraten für 2016. Mit unserer Kampagne betonen wir den offenen, vielfältigen und sozialdemokratisch geprägten Charakter des größten Bundeslandes,

den wir einer wachsenden Roll-Back-Bewegung entgegensetzen.

Dabei wollen wir zum einen zeigen, dass Homophobie kein Platz in der Gesellschaft hat. Zum anderen werben wir für mehr Toleranz und Akzeptanz innerhalb der schwul-lesbischen Szene selbst. Darüber hinaus wird die Situation von queeren Asylsuchenden, die in der aktuellen Flüchtlingsdebatte oft untergeht, stärker in den Fokus gerückt.

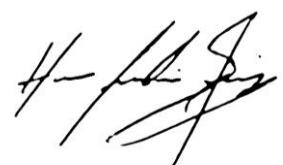
Viele Menschen erfahren aufgrund ihrer sexuellen oder geschlechtlichen Orientierung Verfolgung. In einigen Staaten liegt eine strafrechtliche Verfolgung dieser Menschen vor, in anderen herrscht ein gesellschaftliches Klima von Gewalt und Ausgrenzung gegen LSBTI. In den laufenden Asylverfahren, machen diese Fälle jedoch nur eine Minderheit aus von wenigen Prozent aus.

In Kamerun etwa droht Homosexuellen bis zu fünf Jahre Haft; die Gesamtschutzquote des letzten Jahres betrug jedoch nur ca. 1,2%. Menschenrechte sind kein statistisches Mittel! Der Kern unseres im Grundgesetz festgeschriebenen Grundrechts auf Asyl liegt in einer inhaltlichen und individuellen Behandlung. NRW ist ein weltoffenes und vielfältiges Bundesland. Für uns als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten steht daher fest, dass wir einem erstarkenden Rechtspopulismus unsere Willkommenskultur entgegenzusetzen wollen.

Dies beinhaltet auch den Umgang mit queeren Asylsuchenden, die oft innerhalb der Szene eine vorurteilsgepörgte Stigmatisierung erleben. Dabei sind Quotenregelungen oder statistische Element mit einem Grundrecht auf Asyl unvereinbar. Auch gilt es oft auf die besondere Situation der LSBTI-Flüchtlinge einzugehen. Eine gelebte Willkommenskultur umfasst aber mehr als das willkommen heißen von Migrantinnen und Migranten

Innerhalb der Szene wollen wir ebenfalls für ein Miteinander werben, dass zeigt, dass wir eine vielfältige und bunte Community sind, die sich einem rückwärtsgewandten Rechtspopulismus entgegen stellt.

Euer





GEDENKEN AN DIE OPFER DES NATIONALSOZIALISMUS- LSBTI DÜRFEN SICH NICHT INSTRUMENTALISIEREN LASSEN.

Bild: SchwusosNRW ©

Der 27. Januar wurde im Jahr 1996 durch den damaligen Bundespräsidenten Roman Herzog zum Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus bestimmt. Historischer Hintergrund ist die Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz am 27. Januar 1945. Seit nun zwanzig Jahren wird an diesem Tag an die Millionen ermordeten Jüdinnen und Juden erinnert. Gleichzeitig wird aber auch der anderen Opfer des Nationalsozialismus gedacht: der Euthanasieopfer, der Sinti und Roma, der Kommunist*innen, der Sozialdemokrat*innen und der Homosexuellen.

Angesichts eines erstarkenden Rechtspopulismus und -extremismus ist dieser Gedenktag für die Arbeitsgemeinschaft der Lesben und Schwule in der NRWSPD mehr denn je auch eine Mahnung, für unser vielfältige Demokratie einzutreten und erkämpfte Fortschritte zu verteidigen.

Hierzu erklärt der stellvertretende Landesvorsitzende Sascha Roncevic: „Lesbische Frauen und schwule Männer mussten sich im Dritten Reich verstellen und ihre sexuelle Identität verbergen. Sie wurden unwürdig behandelt und ermordet. Das begangene Unrecht reichte dabei etwa in Form des verschärften §175 noch weit über die Nazi-Herrschaft hinaus. Lange Zeit wurden Schicksale totgeschwiegen. Eine Aufarbeitung des Unrechtsparagrafen, eine Rehabilitierung sowie eine Entschädigung der Opfer blieb bis heute aus. Hierfür setzen wir uns ein.“

Aus Erinnerung lernen, um Irrwege zu vermeiden.- das war erklärte Absicht von Roman Herzog, als er vor zwanzig Jahren den Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus einführte. Dieses Anliegen aufzugreifen, scheint dringender denn je. Eine neu erstarkende rechte Bewegung macht Stimmung gegen Schwule und Lesben.

Proteste gegen Bildungspläne und Aufklärung an Schulen werden genutzt, um Homosexualität in die Nähe von Pädophile zu rücken. Gendergerechtigkeit und Gleichstellungspolitik werden als zwangsverordnete Wahn-Ideologie abgelehnt und Trans- sowie Homophobie werden immer offener an den Tag gelegt. So wünscht sich die AfD in Baden-Württemberg etwa russische Verhältnisse, wenn sie jegliche staatliche Propaganda an Schulen, in Massenmedien oder im öffentlichen Raum für bestimmte sexuelle Orientierungen ablehnt, die nicht der klassischen Familie entsprechen.

Dasselbe politische Lager betreibt auch etwa in den sozialen Medien eine unsäglich Hetze gegen Ausländer*innen und Asylsuchende. Diese werden unterdrückt, verfolgt und durch Krieg und Tyrannei vertrieben. Unter ihnen sind auch Lesben, Schwule und Trans*-Menschen, die unseren Schutz und unsere Solidarität bedürfen. In fast 80 Staaten werden Lesben, Schwule, Bi-, Trans- oder Intersexuelle strafrechtlich verfolgt; in sieben Staaten droht sogar die Todesstrafe.

Das Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus mahnt uns die Würde jedes einzelnen Menschen zu achten.





QUEERTicker

NEWSLETTER DER AG LESBEN UND SCHWULE IN DER NRWSPD

1. Halbjahr|2016

Daher müssen wir das Asylrecht als individuelles Menschenrecht sehen. Rassismus und Fremdenfeindlichkeit wollen wir nicht hinnehmen. Neben Unwahrheiten und Verleumdungen werden Schwule und Lesben auf perfide Art aufgeführt, um die Gefahr einer Islamisierung zu bekräftigen.

Hier werden bewusst verschiedene Teile der Gesellschaft gegeneinander ausgespielt. Deswegen sind alle Lesben, Schwule, Bi-, Trans- und Intersexuellen gefordert, sich nicht von den Rechten instrumentalisieren zu lassen!“

Mehr unter:

<http://nrwschwusos.de/2016/01/gedenken-an-die-opfer-des-nationalsozialismus-lsbt-duerfen-sich-nicht-instrumentalisieren-lassen/>



LSBTI- FLÜCHTLINGE BEDÜRFTEN UNSERE SOLIDARITÄT

Bild: SchwusosNRW ©

Zahlreiche Landesverbände der AG Lesben und Schwule in der SPD lehnen die geplante Einstufung Algeriens, Marokkos und Tunesiens zu so genannten „sicheren Herkunftsstaaten“ entschieden ab. Gerade Menschen, denen ihrer sexuellen oder geschlechtlichen Orientierung wegen Verfolgung und Verlust der körperlichen Unversehrtheit drohen, wird hierdurch ihr Grundrecht auf Asyl erschwert. Durch den intensiven Kontakt vor Ort mit betroffenen lesbischen, schwulen, bi-, trans-

oder intersexuellen (LSBTI) Asylsuchenden weiß man in den Landesverbänden um die besondere Lage dieser Menschen.

So erläutert Dirk Lamm, AG-Vorsitzender aus Brandenburg: „Gerade das Einstufen der sogenannten Maghreb-Staaten zu sogenannten ‚sicheren‘ Herkunftsländern ist für uns mit Blick auf die Situation der dort lebenden LSBTI inakzeptabel.“

In allen Ländern bestehen gesetzliche Regelungen,

die einvernehmliche sexuelle Kontakte zwischen gleichgeschlechtlichen Erwachsenen unter Strafe stellen. Diese Gesetze werden auch aktuell angewandt und entsprechende Strafen vollstreckt. Queere Menschen müssen dort daher unter der ständigen Angst leben, verurteilt und bestraft zu werden.“

Michael Blödel, AG-Vorsitzender des bayrischen Landesverbandes hebt hervor, dass Menschenrechtspolitik nicht dem Wunsch einer Begrenzung der Flüchtlingszahlen geopfert werden dürfe. Mit Blick auf die Aussage des LSU-Vorsitzenden, Alexander Vogt, dass in Deutschland große gesellschaftliche Einigkeit darüber herrsche, den Zustrom von Flüchtlingen zu begrenzen, mahnt er an: „Man sollte bei den Themen Flucht und Asyl nicht den Stammtisch bedienen und von Überforderungen der Gesellschaft fabulieren und gleichzeitig erwarten, dass derselbe Stammtisch dann LSBTI-Rechte unterstützt.“





QUEERTicker

NEWSLETTER DER AG LESBEN UND SCHWULE IN DER NRWSPD

1. Halbjahr|2016

Auch Sachsens Vorsitzender, Oliver Strotzer, findet mahrende Worte: „Mit Sorge erinnere ich mich an den Vorstoß von CDU-Vize Thomas Strobl aus dem letzten Jahr, Menschen vom Recht auf politisches Asyl auszuschließen, wenn die Anerkennungsquote bei Bewerberinnen und -bewerbern aus ihrem Land höchstens bei ein oder zwei Prozent liege. In Kamerun droht etwa Homosexuellen bis zu fünf Jahre Haft; die Gesamtschutzquote des letzten Jahres betrug jedoch nur ca. 1,2%. Hier wird deutlich, dass eine pauschale Bewertung nach der Herkunft alleine nicht möglich ist. Menschenrechte sind kein statistisches Mittel! Der Kern unseres im Grundgesetz festgeschriebenen Grundrechts auf Asyl liegt in einer inhaltlichen und individuellen Behandlung.“

Wie die Situation von LSBTI in den Maghreb-Staaten im Einzelfall aussieht, weiß Markus Pauzenberger, Landesvorsitzender der queeren Sozialdemokratinnen und -demokraten in Berlin, zu berichten: „Vor dem weltberühmten Hassan-Turm in Marokko haben im Sommer 2015 zwei Männer ein Erinnerungsfoto gemacht. Da sie in den Augen der Behörden zu nahe bei einander standen, wurden sie wegen Homosexualität und Obszönität zu vier Monaten Gefängnis und einer Geldstrafe verurteilt. Zwei französische Aktivistinnen, die sich vor dem Turm geküsst hatten, wurden übrigens ebenfalls sofort festgenommen und des Landes verwiesen.“

Das Strafrecht in Marokko sieht wie in Tunesien bis zu drei Jahre Haft für homosexuelle Aktivitäten vor; ebenso in Algerien, wo auch die ‚Zurschaustellung‘ und ‚Propaganda‘ von Homosexualität strafrechtlich verfolgt wird. Hier von sicheren Staaten zu sprechen, ist nicht nur unangebracht, sondern schon zynisch!“

Diese Einschätzung teilt man auch in Nordrhein-Westfalen. Landesvorsitzender Fabian Spies war jahrelang im LSVD für das Thema Migration tätig und ist daher mit der Problematik LSBTI als Fluchtgrund vertraut. Er kommentiert: „Das Besondere an der Einstufung als sicherer Herkunftsstaat liegt in einer Art Beweislastumkehr. Asylbewerberinnen und -bewerber müssen nachweisen, dass eine Verfolgung bzw. Bestrafung konkret stattgefunden hat. Das bloße Bestehen und Vollziehen von LSBTI-feindlicher Gesetzgebung alleine reicht hier nicht aus, um Asyl zu erhalten. Diese Praxis gefährdet schon jetzt die körperliche Unversehrtheit vieler queerer Menschen in Senegal, in Ghana oder auf dem Balkan, weil ihnen Zuflucht erschwert wird.“

Daher haben wir in NRW unsere diesjährige CSD-Kampagne unter das Motto ‚Willkommen‘ gestellt, um hier ein klares Zeichen zu setzen und auf die besondere Situation von LSBTI-Flüchtlingen hinzuweisen.“

Die Landesverbände Bayern, Berlin, Brandenburg, Sachsen und Nordrhein-Westfalen der AG Lesben und Schwule in der SPD, fordern alle aktiven Sozialdemokratinnen und demokraten auf, sich dafür einzusetzen, dass auch trotz bestehender Herkunftsstaatenregelung, der individuelle Charakter des Asylrechts erhalten bleiben. Gerade Menschen, die aufgrund ihrer sexuellen und geschlechtlichen Identität verfolgt und bedroht werden, bedürfen weiterhin unseres Schutzes und unserer Solidarität!

<http://nrwschwusos.de/2016/02/lgbti-fluechtlinge-beduerfen-unserer-solidaritaet-landesverbaende-der-lesben-und-schwule-in-der-spd-lehnen-sichere-herkunftsstaaten-ab/>

lesbisch - schwul - bisexuell - trans* - intersexuell - queer



Willkommen!

www.nrwschwusos.de





QUEERTicker

NEWSLETTER DER AG LESBEN UND SCHWULE IN DER NRWSPD

1. Halbjahr|2016



ÜBERSICHT ÜBER DIE EINZELNEN CSD- VERANSTALTUNGEN IN NRW

27.-29.05. Düsseldorf, 28.05. Paderborn, 04.06. Wuppertal,
11.06. Bielefeld, 01.-03.07. Köln, 16.07. Mönchengladbach,
23.07. Duisburg, 30.07. Siegen, 05.-06.08. Essen, 06.08. Bonn,
27.08. Münster. 10.09 Dortmund



Bild: SchwusosNRW ©



ORDENTLICHE LANDESKONFERENZ DER SCHWUSOS NRW 2016

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,
die nächste Landekonferenz findet im April statt.

Konferenzort: AWO- Zentrum Gelsenkirchen/Bottrop
Grenzstr. 47, 45881 Gelsenkirchen

Beginn: Samstag, 09. April 2016, 10:30 Uhr

Antragsschluss ist Samstag, 27. Februar 2016 (Eingang im Landesbüro).

Personalvorschläge für alle zu besetzende Gremien und Delegation richtet bitte ebenfalls bis zum 27. Februar 2016 an das SPD- Landesbüro (kerstin.janke@spd.de)

Bilder: SchwusosNRW ©

Herausgeber:

Landesarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transgender und Intersexuelle (SchwusosNRW) in der NRW SPD
Kavalleriestr. 16 | 40213 Düsseldorf | Internet: www.nrwschwusos.de

Landesvorsitzender:

Fabian Spies | Mail: fabian.spies@gmx.de